

Internetrecht und Digitale Gesellschaft

Band 83

**Der datenschutzrechtliche
Schadenersatzanspruch nach
Art. 82 DS-GVO**

**Analyse der Forschung und Rechtsprechung
in der Bundesrepublik Deutschland und
der Republik Österreich**

Von

Robert Faußner



Duncker & Humblot · Berlin

ROBERT FAUSSNER

Der datenschutzrechtliche Schadenersatzanspruch
nach Art. 82 DS-GVO

Internetrecht und Digitale Gesellschaft

Herausgegeben von
Dirk Heckmann

Band 83

Der datenschutzrechtliche Schadenersatzanspruch nach Art. 82 DS-GVO

Analyse der Forschung und Rechtsprechung
in der Bundesrepublik Deutschland und
der Republik Österreich

Von

Robert Faußner



Duncker & Humblot · Berlin

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Leopold-Franzen-Universität Innsbruck
hat diese Arbeit im Jahr 2024 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2025 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: 3w+p GmbH, Rimpar
Druck: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza
Printed in Germany

ISSN 2363-5479
ISBN 978-3-428-19637-1 (Print)
ISBN 978-3-428-59637-9 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ©

Verlagsanschrift: Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9,
12165 Berlin, Germany | E-Mail: info@duncker-humblot.de
Internet: <https://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Die Dissertation wurde bei der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Leopold-Franzen-Universität Innsbruck am 24.11.2024 eingereicht. Die Rechtsprechung wurde bis zum 31.10.2024 berücksichtigt. Insofern konnte die BGH-Leitentscheidung zum Facebook-Scraping-Komplex vom 18.11.2024 und darauffolgende nationale Urteile nicht mehr in der Dissertation besprochen werden. Mit dieser Veröffentlichung habe ich dies nachgeholt und die Dissertation in einigen Bereichen aktualisiert. Neben der BGH-Leitentscheidung und den Rezensionen dieser Entscheidung in der Literatur habe ich mich unter anderem mit der Vorlagefrage des LG Erfurt an den Europäischen Gerichtshof zu dieser Thematik auseinandergesetzt und aktuelle Urteile aus dem Jahr 2025, u. a. vom Bundesgerichtshof und dem Bundesarbeitsgericht, eingearbeitet.

Ich möchte mich bei Herrn Univ.-Prof. Mag. Dr. Matthias C. Kettemann, LL.M. (Harvard), für die Betreuung meiner Dissertation bedanken. Er hatte stets Zeit und ein offenes Ohr für mich. Seine wertvollen Vorschläge und Anregungen und der intensive Austausch mit ihm haben mir sehr geholfen.

Des Weiteren möchte ich mich bei der HEUSSEN Rechtsanwaltsgesellschaft mbH herzlich bedanken. Durch meine Arbeit als Rechtsanwalt konnte ich meine Kenntnisse im Datenschutzrecht erlernen, ausbauen und praktisch anwenden. Zudem wurde mir ermöglicht, die Dissertation neben meiner Tätigkeit als Rechtsanwalt zu schreiben.

Ich danke Herrn Johannes Seebrecht, LL.M., der mich bestärkt hat, eine juristische Dissertation zu verfassen, sowie meinem Vater Karl Faußner, meinem Bruder Norbert Faußner und Norma Söchtig für das sorgfältige Korrekturlesen.

Abschließend möchte ich meinen Eltern Gabriele Faußner-Fritz und Karl Faußner von ganzen Herzen danken! Nur durch ihre riesige Unterstützung und den großen Rückhalt war es überhaupt erst möglich, dass ich studieren und schließlich promovieren konnte.

München, im Juni 2025

Dr. Robert Faußner, M.A.

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1

Einleitung	21
A. Gegenstand der Arbeit	23
B. Forschungsfragen	29
I. Europarechtskonformität des § 29 DSGVO	29
II. Anspruchsvoraussetzungen des Art. 82 DS-GVO	29
1. Anspruchsberechtigung	29
2. Verstoß gegen die DS-GVO	30
3. Immaterieller Schaden	30
III. Rechtsfolgen	31
C. Methodik	31
D. Aufbau der Arbeit	32

Kapitel 2

Forschungsstand und Stand der Rechtsprechung	34
A. Forschungsstand	34
I. Anspruchsvoraussetzungen	34
1. Verstoß gegen die DS-GVO	35
2. Kausalität zwischen Verstoß und Schaden	36
3. Immaterieller Schaden	37
II. „Verantwortlichkeit“/Verschulden	38
III. Darlegungs- und Beweislast	39
IV. Bemessung der Höhe des Schadenersatzes	40
B. Stand der Rechtsprechung	42
I. Anspruchsvoraussetzungen	42
1. Anspruchsberechtigung	42
2. Verstoß gegen die DS-GVO	43
3. Kausalität zwischen Verstoß und Schaden	44
4. Immaterieller Schaden	46
a) Erheblichkeit des immateriellen Schadens	46

b) Art des immateriellen Schadens	49
II. Verschulden/Haftungsbefreiung	51
III. Darlegungs- und Beweislast	52
IV. Bemessung der Höhe des Schadenersatzes	52
C. Zwischenfazit	55

Kapitel 3

Datenschutzrechtliches Schadenersatzrecht der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich	58
A. Datenschutzrechtliches Schadenersatzrecht in der Bundesrepublik Deutschland	58
I. Datenschutzrechtliches Schadenersatzrecht vor der DS-GVO	58
1. Art. 23 DSRL	58
2. Umsetzung des Art. 23 DSL in deutsches Recht	59
a) § 7 BDSG a.F.	60
b) § 8 BDSG a.F.	60
II. Datenschutzrechtliches Schadenersatzrecht seit der DS-GVO	61
B. Datenschutzrechtliches Schadenersatzrecht in der Republik Österreich	63
I. Datenschutzrechtliches Schadenersatzrecht vor der DS-GVO	63
II. Datenschutzrechtliches Schadenersatzrecht seit der DS-GVO	63
III. Verhältnis § 29 DSG zu Art. 82 DS-GVO	65
IV. Europarechtskonformität des § 29 DSG	65
1. Keine Präzisierung des Art. 82 DS-GVO	66
2. Verstoß gegen das Normwiederholungsverbot	67
3. Verstoß gegen den Äquivalenz- und Effektivitätsgrundsatz	68
V. Beantwortung der ersten Forschungsfrage: § 29 DSG ist europarechtswidrig ...	71

Kapitel 4

Die Entwicklung des Art. 82 DS-GVO	72
A. Entstehungsgeschichte	72
I. Kommissionsentwurf	72
II. Parlamentsentwurf	73
III. Ratsentwurf	74
IV. Trilog und Festlegung auf finale Fassung	77
B. Anwendungsbereich der DS-GVO	78
I. Sachlicher Anwendungsbereich	78
1. Verarbeitung	78

2. Personenbezogene Daten	79
3. Ausnahmen der sachlichen Anwendbarkeit	80
a) Fehlender Anwendungsbereich des Unionsrechts	80
b) Tätigkeiten im Anwendungsbereich von Titel V Kapitel 2 EUV	82
c) Persönliche oder familiäre Tätigkeiten natürlicher Personen	82
d) Strafrechtverfolgung, Strafvollstreckung und Gefahrenabwehr	83
e) Anwendungsbereich der Richtlinie 2000/31/EG	84
II. Räumlicher Anwendungsbereich	85
1. Niederlassung	85
2. Im Rahmen der Tätigkeiten einer Niederlassung	86
3. Ausnahmen vom Niederlassungsprinzip	86
III. Aufbau des Art. 82 DS-GVO	87
1. Anspruchsvoraussetzungen	87
2. Haftungsbefreiung	88
3. Gesamtschuldnerische Haftung und Gesamtschuldnerausgleich im Innenverhältnis	88
4. Gerichtliche Geltendmachung des Anspruchs	88

Kapitel 5

Anspruchsvoraussetzungen nach Art. 82 DS-GVO	89
A. Anspruchsberechtigung/Aktivlegitimation	89
I. Anspruchsberechtigung juristischer Personen	89
1. Wortlautauslegung	89
2. Historische Auslegung	89
3. Systematische Auslegung	90
4. Teleologische Auslegung	91
5. Beantwortung der zweiten Forschungsfrage: Juristische Personen sind nicht anspruchsberechtigt	92
II. Anspruchsberechtigung nicht unmittelbar betroffener Personen	93
1. Wortlautauslegung	93
2. Historische Auslegung	94
3. Systematische Auslegung	94
4. Teleologische Auslegung	94
5. Beantwortung der dritten Forschungsfrage: Nicht unmittelbar Betroffene sind anspruchsberechtigt	95
B. Anspruchsgegner/Passivlegitimation	96
I. Verantwortliche	96
1. Normadressaten	96
a) Juristische Personen	96

b) Natürliche Personen	96
aa) Mitarbeiterexzess	96
bb) Geschäftsleitung	97
2. Entscheidung über Zwecke und Mittel der Datenverarbeitung	98
3. Alleinige oder gemeinsame Verantwortlichkeit	98
II. Auftragsverarbeiter	99
1. Normadressaten	99
2. Beauftragung von anderer Stelle	99
3. Weisungsgebundenheit	100
4. Pflichten des Auftragsverarbeiters	100
C. Verstoß gegen die DS-GVO	100
I. Abgrenzung zum Begriff der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten	100
II. Verstoß gegen die Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten	102
1. Grundsatz der Rechtmäßigkeit	102
a) Einwilligung	103
aa) Inhaltliche Anforderungen	104
(1) Freiwilligkeit	104
(2) Bestimmtheit der Einwilligung	105
(3) Informiertheit der Einwilligung	106
bb) Formale Anforderungen	107
(1) Erteilung durch die betroffene Person	107
(2) Einwilligungsfähigkeit	107
(3) Unmissverständlich abgegebene Willensbekundung in Form einer Erklärung oder einer sonstigen eindeutigen bestätigenden Handlung	107
(4) Schriftlich oder elektronisch	108
(5) Verständliche und leicht zugängliche Form der Einwilligung	108
(6) Klare und einfache Sprache	109
(7) Klare Unterscheidbarkeit von anderen Sachverhalten	109
(8) Einholung der Einwilligung vor Beginn der Datenverarbeitung	109
b) Vertrag und vorvertragliche Verarbeitung	109
c) Rechtliche Verpflichtung	110
d) Lebenswichtige Interessen	111
e) Öffentliches Interesse und Ausübung öffentlicher Gewalt	112
f) Berechtigte Interessen des Verantwortlichen oder Dritter	113
aa) Vorliegen eines berechtigten Interesses	113
bb) Erforderlichkeit des berechtigten Interesses	114
cc) Interessenabwägung	114
g) Rechtsansprüche und Handlungen der Gerichte	115
h) Übermittlung an Dritte	116
2. Grundsatz der Verarbeitung nach Treu und Glauben	120

3. Grundsatz der Transparenz	121
a) Art. 13 DS-GVO	121
b) Art. 14 DS-GVO	121
4. Grundsatz der Zweckbindung	122
5. Grundsatz der Datenminimierung	123
6. Grundsatz der Richtigkeit	124
7. Grundsatz der Speicherbegrenzung	125
8. Grundsatz der Integrität und Vertraulichkeit	127
9. Rechenschaftspflicht	132
III. Verstoß gegen Betroffenenrechte	132
1. Widerrufsrecht	133
2. Auskunftsrecht	133
3. Recht auf Berichtigung und Vervollständigung	135
4. Recht auf Löschung („Recht auf Vergessenwerden“)	136
5. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung	137
6. Recht auf Datenübertragbarkeit	139
7. Widerspruchsrecht	140
8. Recht, nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden	140
IV. Durchführung einer Datenschutz-Folgenabschätzung	141
V. Benennung eines Datenschutzbeauftragten	142
VI. Verstöße des Auftragsverarbeiters	143
VII. Verstöße gegen delegierte Rechtsakte, Durchführungsrechtsakte und Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten zur Präzisierung der DS-GVO	144
D. Art des Verstoßes gegen die DS-GVO	148
I. Darstellung des Meinungsstreits	148
1. Weite Auslegung	150
a) Literatur	150
b) Rechtsprechung	151
2. Einschränkende Auslegung	153
a) Literatur	153
b) Rechtsprechung	155
II. Vorabentscheidungsersuchen des AG Arnsberg und OGH	156
III. Beantwortung der vierten Forschungsfrage: Ein formeller Verstoß erfüllt die Anspruchsvoraussetzung „Verstoß gegen diese Verordnung“ nach Art. 82 Abs. 1 DS-GVO	158
1. Wortlautauslegung	158
2. Systematische Auslegung	159
3. Teleologische Auslegung	161